

Antrag D-1: Dringlichkeitsantrag an den SHT: Schalom(Frieden) & Huriya(Freiheit)

Laufende Nummer: 193

Antragsteller:	JU Pinneberg
Status:	angenommen

- 1 • Drückt dem Volk Israels ihr Mitgefühl für das Leid aus, das am und seit dem 7.
2 Oktober 2023 geschehen ist,
- 3 • Bekennt sich zur Existenz des Staates Israel und dem Recht aller Einwohner, in
4 diesem Staat frei und in Frieden zu leben,
- 5 • Verurteilt die menschenverachtenden Angriffe von Hamas, Hisbollah und Iran auf
6 Israel, die verübt wurden und weiterhin verübt werden und die Verwendung von
7 Zivilisten als "Schutzschild" durch die genannten Gruppen,
- 8 • Verurteilt den Bau von Tunneln und militärischen Anlagen in und unter zivilen
9 Gebäuden im Gaza-Streifen und Libanon,
- 10 • Fordert die sofortige Freilassung aller durch Hamas und islamischen Dschihad
11 entführten Geiseln,
- 12 • Erklärt, dass ein Vorgehen der Israelischen Sicherheitskräfte gegen die Hamas,
13 Hisbollah und iranische Angriffe legitime Akte der Selbstverteidigung sind,
 - 14 • Israel uneingeschränkt zur Seite zu stehen und sich international für
15 dessen individuelles Selbstverteidigungsrecht mit aller Konsequenz
16 einzusetzen,
 - 17 • Israel mit allen Ressourcen auszustatten, die es zur Bekämpfung der
18 Terroristen und zum Schutz der Bevölkerung benötigt, wozu auch militärische
19 Güter gehören,
 - 20 • Sich dafür einzusetzen, dass die iranischen Revolutionsgarden auf die EU-
21 Terrorliste gesetzt und sanktioniert werden,
 - 22 • auf internationaler Ebene an einer Unterbindung von Waffentransporten
23 zwischen Iran und sowohl Russland als auch den Huthi zu arbeiten,
 - 24 • die Huthi-Rebellen insbesondere in Bezug auf anti-israelisch motivierte
25 Angriffe u.a. auf den Seeverkehr in einer multinationalen Kooperation zu
26 bekämpfen,
 - 27 • sich im Rahmen der Vereinten Nationen langfristig für den international
28 sichergestellten Aufbau von „Staatsinfrastruktur“ in den zukünftigen
29 palästinensischen Gebieten einzusetzen.
 - 30 • Auf diejenigen arabischen Staaten, die Beziehungen in die momentan
31 umkämpften Gebiete und den Iran haben, einzuwirken, damit diese sich für
32 ein Ende der Angriffe auf Israel einsetzen,
- 33 • Fordert, die international überwachte Versorgung der Zivilbevölkerung in Gaza
34 und dem Süd-Libanon mit humanitären Gütern zu forcieren,
- 35 • Bekräftigt, dass ein Frieden im Nahen Osten dauerhaft nur ohne totalitäre,
36 terroristische Organisationen wie Hamas, Hisbollah und Al-Aqsa (Fatah) möglich
37 ist,

- 38 • Fordert, dass – insbesondere in der Medienberichtserstattung – zwischen
39 legitimer Kritik an der Politik der Israelischen Regierung und inakzeptabler
40 Delegitimierung, Diffamierung und Dämonisierung Israels differenziert wird,
- 41 • Erklärt, dass Ziel der Staatengemeinschaft sein muss, auf Grundlage des
42 geltenden Völkerrechts eine einen dauerhaften Frieden sichernde Lösung für die
43 Gestaltung von Staats- bzw. Autonomiegebieten und Staatmacht gefunden werden
44 muss, wozu auch eine Zwei-Staaten-Lösung gehört.
- 45 • Fordert, den Gazastreifen nach Beendigung der Kampfhandlungen bis zum Bestehen
46 einer handlungsfähigen, rechtsstaatlichen, legitimierten und international
47 anerkannten Regierung und Verwaltung unter Verwaltung durch die Vereinten
48 Nationen zu stellen,
- 49 • Verurteilt jegliche Billigung von und Sympathiebekundungen für
50 verbrecherische(r) Gewalt, die gegen Israel verübt wird,
- 51 • Fordert, dass Menschen, die in Deutschland zu Gast sind und sich an Bekundungen
52 für Gewalt gegen Israel oder für die Auslöschung Israels beteiligen, sofort
53 ausgewiesen werden,
- 54 • Fordert mit Blick auf Kundgebungen in Deutschland die rückhaltlose
55 strafrechtliche Verfolgung von Taten insbesondere nach den §§ 86, 86a, 104, 126,
56 129-131, 140 StGB.

57

58 Mit dem Pogrom vom 7. Oktober 2023 verübten islamistische Terroristen das größte
59 Massaker an Juden seit dem Zweiten Weltkrieg. 1139 Menschenleben wurden an diesem Tag
60 ausgelöscht, über 5000 Menschen wurden verletzt und fast 250 Menschen wurden von den
61 Terroristen als Geiseln verschleppt. Videoaufnahmen zeigen, wie die Terroristen bei
62 ihrer Rückkehr mit den misshandelten Geiseln nach Gaza von Teilen der Bevölkerung
63 bejubelt werden.

64 In Folge dieser Ereignisse ist im Nahen Osten ein schwelender Konflikt
65 wiederentfacht, der schon seit Jahrzehnten immer wieder zu Krieg, Zerstörung, Leid und
66 Elend führt. Die ersten Reaktionen des Israelischen Staates richteten sich in erster
67 Linie gegen die Hamas als Hauptakteur des Anschlags am 7. Oktober. Nach einigen
68 Wochen mit Luftangriffen begann am 28. Oktober 2023 eine umfangreiche Bodenoffensive
69 der Israelischen Streitkräfte, um die Hamas im Gazastreifen zu zerschlagen und die
70 Geiseln zu befreien. Gleichzeitig begannen Hisbollah und Iran, ihre Luftangriffe auf
71 zivile Israelische Ziele zu intensivieren. Seit Oktober 2024 bekämpft Israel auch im
72 Süd-Libanon die Hisbollah mit Bodentruppen.

73 An dem Vorgehen Israels lässt sich einer der wesentlichen Unterschiede erkennen. Die
74 Terroristen zielen mit ihren Angriffen auf Zivilisten, Schutzlose, Kinder. Die
75 Israelischen Streitkräfte warnen und evakuieren die Zivilbevölkerung im umkämpften
76 Gebiet – selbst dann, wenn dies zu Lasten des militärischen Erfolges geht.

77 Diese begangenen und immer noch stattfindenden Gräueltaten der islamistischen
78 Terroristen verstoßen gegen jedes Gebot der Menschlichkeit und sind daher auf das
79 Schärfste zu verurteilen. Mit ihrem Handeln kämpfen die selbsternannten
80 Unabhängigkeitskämpfer nicht für ein freies Palästina, sondern morden auf Grund eines
81 verblendeten Weltbildes und suchen den Staat Israel zu zerstören, dies können und

82 dürfen wir vor dem Hintergrund hart erkämpfter Werte in unserer Verantwortung nicht
83 zulassen. Dies gilt auch für den Missbrauch von Menschen als Schutzschild in
84 gewaltsamen Auseinandersetzungen durch die Anlage von Tunneln und militärischen
85 Einrichtungen in und unter zivilen Gebäuden. Gleichzeitig trägt für die gefährdeten
86 Menschenleben Verantwortung auch, wer diese Anlagen „in seinem Hinterhof“ zulässt.
87 Israel kann sich unserer unverbrüchlichen Freundschaft sicher sein und darf sich auf
88 unseren Einsatz auch für sein legitimes Selbstverteidigungsrecht verlassen.
89 Die deutsche Unterstützung darf sich aber nicht in Beileidsbekundungen erschöpfen.
90 Die deutsche Bundesregierung muss sich bei verschiedenen Aspekten auf der
91 internationalen Bühne proaktiv einsetzen und Dinge vorantreiben. Dazu gehört, in
92 Gremien hörbar das Wort zu erheben, wenn versucht wird, den Diskurs zu verzerren,
93 wenn Rechtfertigungen für Terror vorgeschoben werden, wenn Gewalt relativiert wird
94 und wenn den faulen Argumenten gegen den Staat Israel Vorschub geleistet wird. Dazu
95 gehört, Israel mit allem auszustatten, das benötigt wird, um die Terrorvereinigungen
96 zu zerschlagen und kriminelle Organisationen, wie die iranischen Revolutionsgarden,
97 die diese Terrororganisationen unterstützen, zu sanktionieren. Dazu gehört auch, an
98 den materiellen Voraussetzungen für eine langfristige Friedenslösung wie dem Aufbau
99 von „Staatsinfrastruktur“ – Schulen, Sicherheitskräfte, Verwaltung, Straßen,
100 Versorgungswege, Energieversorgung etc. – in den zukünftigen palästinensischen
101 Gebieten zu arbeiten.

102 Kurzfristig muss in den umkämpften Gebieten eine Versorgung der Bevölkerung mit
103 Nahrungsmitteln, Medizin, Kleidung usw. sichergestellt werden. Auch dies gebietet uns
104 unser Verständnis vom Wert jedes Menschenlebens. Es wirkt darüber hinaus aber auch
105 einer weiteren Radikalisierung entgegen.

106 Abseits der unmittelbaren Konfliktzone gibt es weitere Punkte, mit denen sich befasst
107 werden muss: Zum einen müssen Anstrengungen der Staatengemeinschaft erfolgen um die
108 Verschiebung von Waffen – insbesondere zwischen Iran und Russland und vom Iran zu den
109 Huthi – die für mittel- und unmittelbare Angriffe auf Israel genutzt werden, zu
110 unterbinden. Insbesondere im Golf von Aden und im Roten Meer muss die
111 Staatengemeinschaft, sanktioniert durch die UN, weiterhin und forciert gegen jegliche
112 Angriffe auf den Schiffsverkehr unter dem Vorschub der Solidarisierung mit den
113 Feinden Israels vorgehen. Dazu gehören auch Präventiv- und Gegenschläge gegen
114 militärische Einrichtungen der Huthi-Milizen.

115 Um sich auf den Weg zu einer dauerhaften Befriedung des so genannten Nah-Ost-
116 Konflikts zu machen, ist entscheidend, differenziert auf die verschiedenen
117 Konfliktquellen zu schauen. Klar ist, dass ein Frieden, in dem terroristische
118 Gruppen, wie Hamas oder Hisbollah eine Rolle spielen sollen, kein nachhaltiger
119 Frieden sein kann. Wer in seinem Manifest schreibt, dass die Auslöschung des
120 Zionismus und die Etablierung einer absoluten islamischen Herrschaft einziger Weg zum
121 allgegenwärtigen Frieden ist, kann nicht Teil einer Koexistenz werden.

122 Nicht zur Befriedung und Beilegung trägt auch bei, wenn beiderseits
123 Argumentationsketten aus dem Altertum zu Bodenbesitz angeführt werden, um einen
124 exklusiven Anspruch auf einen Flecken Erde zu begründen. Grundlage muss das geltende
125 Völkerrecht sein, dem beide Seiten verpflichtet sind, was sich nicht zuletzt darin
126 ausdrückt, dass sowohl Israel als auch Palästina schnell nach der Mitgliedschaft in
127 den Vereinten Nationen strebten. Unter Zurückstellung der eingefahrenen

128 Argumentationsketten, man hätte sich gegenseitig das Land gestohlen, muss eine Lösung
129 entwickelt werden, die im Sinne eines Zwei-Staatenkonzepts für beide Konfliktparteien
130 Frieden sichert.

131 Dabei sind besonders die Staaten des arabischen Raums gefordert, ihren Einfluss auf
132 die Gruppen in den umkämpften Gebieten für eine Beendigung der Kampfhandlungen und eine
133 Auflösung terroristischer Gruppen einzusetzen.

134 Bis eine tragfähige Staatsorganisation in den zurzeit umkämpften Gebieten aufgebaut
135 ist, sollte eine Verwaltung und Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen
136 stattfinden. Dies würde den Forderungen im Gutachten des Internationalen Gerichtshofs
137 vom 19. Juli 2024 entgegenkommen, die Besetzung durch Israel zu beenden.

138

139 Die Auswirkungen des wiederentbrannten Konflikts in Nahen Osten treten aber auch in
140 Europa und in Deutschland zu Tage. Natürlich dürfen und müssen in der Öffentlichkeit
141 kritischer Diskurs und Debatte über die Geschehnisse stattfinden. Völlig indiskutabel
142 sind allerdings Bedrohungen und Angriffe gegen hier lebende Juden und Kundgebungen,
143 die Angriffe auf Israel feiern und zu Gewalt gegen Israelis gutheißen. Gegen solche
144 Vorkommnisse muss der deutsche Staat mit aller Härte – insbesondere polizei- und
145 strafrechtlich – vorgehen. Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die auf
146 deutschen Straßen Hass propagieren und rassistische Gewalt verbreiten und billigen,
147 sind unverzüglich auszuweisen.